

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 186. Ratssitzung vom 11. September 2013

4237. 2012/437

Motion von Christine Seidler (SP) vom 21.11.2012:

BZO, Sicherstellung eines minimalen Gewerbeanteils in dafür geeigneten Gebieten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Christine Seidler (SP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3327/2012): Eine gute Quartierentwicklung beinhaltet einen polyzentrischen Mix aus Gewerbe, Wohnen, Grundversorgung, Kultur und Freiraum. Aufgrund der Bodenpreisentwicklung in der Stadt wird das Gewerbe aber immer mehr verdrängt. Besonders das produzierende Gewerbe kann die hohen Mieten nicht mehr tragen. Nachhaltigkeit beinhaltet auch kurze Wege. Man sollte dort arbeiten und einkaufen, wo man wohnt.*

Weitere Wortmeldungen:

***Michael Baumer (FDP):** Man kann nicht alles mit Regulierungen versehen. Eine flexible Reaktion auf geänderte Voraussetzungen ist dann nicht mehr gegeben. Mit dieser Verordnung würde dem städtischen Gewerbe mehr Schaden zugefügt, als es Nutzen daraus ziehen könnte. Der Einsatz von Gewerbeflächen muss situativ behandelt und nicht flächendeckend eingeführt werden.*

***Irene Bernhard (GLP):** Zwang ist auch für uns der komplett falsche Weg. Wir beantragen deshalb eine entsprechende Textänderung, in der wir die Zweckmässigkeit von Erdgeschossnutzungen in den Vordergrund stellen. Damit unterstützen wir die Stossrichtung der Gewerbeförderung.*

***Thomas Schwendener (SVP):** Wir lehnen sowohl Motion wie auch Postulat ab.*

***Gabriele Kisker (Grüne):** Die Motion ist sehr allgemein gehalten und lässt genügend Raum für Interpretationsmöglichkeiten. In der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) wird behauptet, dass das Gewerbe durch die Industriezone mit Handels- und Dienstleistungsbetrieben (IHD) gesichert sei, das stimmt so aber nicht. Für das Handwerk sind keine Nutzungsanteile in der IHD-Zone vorgesehen. Dies sollte also konkretisiert und zudem genügend Zentrums- und Kernzonen ausgeschrieben werden, damit eine funkti-*

2 / 2

onale Quartierentwicklung möglich ist.

Marc Bourgeois (FDP): Als städtischer Gewerbetreibender kann ich sagen, dass mich in erster Linie nicht die Miete, sondern die Steuern kaputt machen. Zusätzlich vertreiben der Lärmschutz, die Bürokratie und der Parkplatzmangel das Gewerbe aus der Stadt. Planwirtschaft funktioniert nicht. Es dauert zwei Jahre, bis eine Motion umgesetzt ist, bis dahin haben sich wieder alle Voraussetzungen auf dem Markt geändert.

Mario Mariani (CVP): Es kann durchaus sein, dass auch das Gewerbe einen gewissen Schutz benötigt. Deshalb sollte ein geeigneter Mittelweg gefunden werden. Wir unterstützen das Postulat.

Michael Schmid (FDP): Ich kann nicht erkennen, was bei der Textänderung der Prüfungsauftrag im Vergleich zum geltenden Recht wäre. Die Motion will vorschreiben, was passieren muss. Mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung hat der Vorstoss nichts zu tun.

Christine Seidler (SP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Eine Zonenordnung ist ein weitläufiges Instrument, das gewisse Rahmenbedingungen für gewisse Entwicklungen schafft. Das Gewerbe soll sich in einer bestimmten Zone sowie prozentual anteilmässig entwickeln.

Michael Baumer (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2013/324 (statt Motion GR Nr. 2012/437, Umwandlung) wird mit 64 gegen 54 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat